

Kommunale Einweg-Verpackungssteuer

Argumente und Positionen:
Welche davon vertrete ich?



PRO oder CONTRA?

Mehrweg statt Müll –
praktische Lösungen gefragt

aha Zweckverband Abfallwirtschaft
Region Hannover:

- Betont die hohen Reinigungskosten durch To-go-Müll in Parks und Innenstädten.
- Unterstützt Maßnahmen, die Abfall vermeiden und Mehrweg fördern, unabhängig von der Steuerfrage.
- Setzt auf Aufklärung, Infrastruktur für Mehrweg und Kooperation mit Gastronomie.

aha-region.de

Verpackungssteuer steigert
Kosten und Bürokratie



IHK H., DEHOGA Nds.,
Handwerkskammer H.:

- Lehnen die Einführung einer Verpackungssteuer ab – sie verursacht **hohen Verwaltungsaufwand** und belastet kleine Betriebe
- Fürchten **Preissteigerungen** für Gäste und **Wettbewerbsverzerrungen** zwischen Städten.
- Setzen auf **Eigenverantwortung der Unternehmen** und bestehende Nachhaltigkeitsinitiativen.

ihk.de/hannover dehoga-niedersachsen.de
hwk-hannover.de

Verpackungssteuer: zu viel
Aufwand, zu wenig Wirkung



Fraktion Hannover:

- Lehnt eine kommunale Verpackungssteuer ab – **Verwaltungsaufwand übersteigt Nutzen.**
- Befürchtet, dass die Steuer **auf Kund*innen umgelegt wird** und so Preise erhöht.
- Setzt stattdessen auf **freiwillige Maßnahmen und bestehende Mehrwegangebote.**

spd-ratsfraktion-hannover.de

Steuer trifft Wirtschaft
und Verbraucher*innen
gleichermaßen



Fraktion Hannover:

- Warnt vor **zusätzlicher Bürokratie und steigenden Preisen** für Gastronomie und Gäste.
- Betont die Verantwortung des Einzelnen und der Stadtverwaltung statt neuer Abgaben.
- Unterstützt **unternehmerische Eigenverantwortung** und Innovation statt Steuerdruck.

fdp-ratsfraktion.de

Kommunale
Einweg-Verpackungssteuer:
jetzt ausweiten!



Deutsche Umwelthilfe

- **Forderung:** Kommunen sollen Verbrauchssteuern auf Einweg-Verpackungen einführen, um **Mehrweg zu fördern.**
- **Belegt:** Rechtsgutachten bescheinigt, dass solche Steuern mit dem nationalen Einwegkunststofffonds rechtlich vereinbar sind.
- **Ziel:** Durch viele Kommunen mit Steuer soll der **Druck auf die Bundesregierung** wachsen, eine **bundeseinheitliche Einweg-Abgabe** einzuführen.

duh.de

Unterschiedliche Wege zu
weniger Verpackungsmüll



Systemvergleich: Duales System /
Verpackungssteuer

- **Duales System:** Sorgt für Sammlung, Sortierung und Recycling von Haushaltsverpackungen.
- **Verpackungssteuer:** Setzt finanzielle Anreize, um Einweg zu vermeiden und Mehrweg zu fördern.
- **Gemeinsam:** Beide zielen auf Müllreduktion, unterscheiden sich aber in Verantwortlichkeit und Wirkungsweise.

gruener-punkt.de

Keine zusätzliche Belastung
für kleine Betriebe



Fraktion Hannover:

- Hält die Verpackungssteuer für **bürokratisch und schwer kontrollierbar**, besonders für kleine Imbisse.
- Sieht **Gefahr für Wettbewerbsnachteile** lokaler Betriebe gegenüber Ketten oder Nachbarkommunen.
- Fordert **praxisnahe Lösungen** statt weiterer kommunaler Steuern.

cdu-hannover.de

Verpackungssteuer als
wirksames Mittel gegen
Einwegmüll



Fraktion Bündnis 90 / Die
Grünen + Volt + Piratenpartei

- Befürwortet eine kommunale Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild zur Förderung von Mehrweg.
- Nach Ablehnung durch SPD, CDU und FDP beantragt die Fraktion nun eine **Anhörung „Mehr Sauberkeit für Hannover – Einwegverpackungen vermeiden“.**
- Ziel: Erfahrungen anderer Städte auswerten und Wege finden, wie Hannover Müll vermeiden und Kosten fair verteilen kann.

gruene-hannover.de/ratsfraktion

Verpackungssteuer schützt
Umwelt und fördert Mehrweg



- Unterstützt kommunale Verpackungssteuern als **wirksames Instrument gegen Einwegmüll und Ressourcenverschwendung.**
- Fordert **bundesweite Regelungen**, um einen Flickenteppich lokaler Steuern zu vermeiden
- Sieht in der Steuer einen **Anreiz für Mehrweg und nachhaltigen Konsum**, der Abfallvermeidung und Klimaschutz verbindet.

greenpeace-hannover.de

Betreiber von Mehrweg-
Behältersystemen fordert
Steuer als Hebel



reCup GmbH:

- **Position:** Kommunale Verpackungssteuern sind **effektives Mittel** zur Förderung von Mehrweg-Verpackungen.
- **Argument:** In Städten mit Steuer **steigen Mehrweg-Anteile** deutlich (z. B. + 60 % in Konstanz, + 83 % in Tübingen).
- **Anliegen:** Steuer soll nicht nur Müll reduzieren, sondern auch **Mehrweg-Infrastruktur und Umweltbewusstsein stärken.**

recup.de

Tübinger Modell der Verpackungssteuer

- **Was:** Kommunale Steuer auf Einwegverpackungen in der Gastronomie (z. B. Coffee-to-go-Becher, Takeaway-Schalen).
- **Höhe:** 50 Cent pro Behälter.
- **Ziel:** Müllreduzierung, Förderung von Mehrwegsystemen, Einnahmen für die Abfallwirtschaft.
- **Ergebnis:**
 - Deutliche Reduktion von Einwegverpackungen in Gastronomie und Stadt.
 - Mehrwegbehälter werden häufiger genutzt.
 - Einnahmenüberschuss für die Stadt (1 Mio. € Einnahmen bei etwa 10 % Kosten der Verwaltung).
 - Gerichtsverfahren gegen die Steuer (McDonald's) vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen.

Diskussion in Hannover

- **Initiative:** Stadtverwaltung hatte Pläne für eine ähnliche Steuer auf Einwegbecher, -schalen, Plastikbesteck.
- **Ratsentscheid September 2025:** SPD, CDU und FDP stoppen die Steuer.
- **Begründung:** zu hoher Verwaltungsaufwand, wenig Wirkung, Belastung für Gastronomie.
- **Ratsminderheit pro V.:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen + Volt + Piraten hält die Steuer für wirksam gegen Müll.
- **Status Quo:**
 - Einführung einer Verpackungssteuer in Hannover **aktuell gestoppt**.
 - Diskussion läuft weiterhin, auch im Hinblick auf Mehrwegsysteme und alternative Maßnahmen..

Kommune	Status	Besonderheiten / Anmerkungen
Tübingen	Eingeführt (ab 01.01.2022)	Vorreiterstadt, Steuer auf Einwegbehältnisse und Besteck . (KommunalWiki)
Konstanz	Eingeführt (ab 2025)	Steuer bereits umgesetzt. (Deutsche Umwelthilfe e.V.)
Freiburg im Breisgau	Geplant (ab 01.01.2026)	Zur Einführung angekündigt (z.B. ab 2025) (Deutsche Umwelthilfe e.V.)
Heidelberg	Geplant	Einführung in Diskussion. (Industrie- und Handelskammer)
Bonn	Geplant	Eine der Städte mit konkreten Planungen. (Deutsche Umwelthilfe e.V.)
Bremen	Geplant	Ebenfalls genannt unter Städten mit Einführungsvorhaben. (Deutsche Umwelthilfe e.V.)
Hameln	Geplant	Erwähnt in Umfrage der Deutsche Umwelthilfe (DUH) als Stadt mit Vorhaben. (greenpeace.de)
Köln	Geplant	Verpackungssteuer in Köln geplant (diewirtschaft-koeln.de)
Oberhausen	Geplant	Teil der Städteliste mit Einführungsabsicht. (Deutsche Umwelthilfe e.V.)
Nellingen (Gemeinde)	Geplant	Kleinere Kommune mit Initiative. (greenpeace.de)
Troisdorf	Geplant	Geht aus Vereinsumfrage hervor. (Deutsche Umwelthilfe e.V.)
Über 120 Städte	In Prüfung oder mit Interesse	Laut DUH haben über 120 Städte Interesse gezeigt. (Deutsche Umwelthilfe e.V.)

Freistaat Bayern Kommunale Einführung soll per Gesetz verboten werden!